

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Penner, Büchner (Speyer), Dr. Ehmke (Bonn), Büchler (Hof), Dr. Apel, Amling, Bahr, Frau Becker-Inglau, Bernrath, Dr. Böhme (Unna), Brück, Graf, Dr. Haack, Frau Hämmerle, Heimann, Hiller (Lübeck), Kastning, Klein (Dieburg), Kuhlwein, Lambinus, Leidinger, Lohmann (Witten), Lutz, Müller (Schweinfurt), Nehm, Frau Dr. Niehuis, Niggemeier, Dr. Nöbel, Frau Odendahl, Rappe (Hildesheim), Frau Renger, Rixe, Schmidt (Salzgitter), Dr. Schmude, Seidenthal, Sielaff, Steiner, Frau Steinhauer, Stiegler, Dr. Struck, Frau Terborg, Wartenberg (Berlin), Weisskirchen (Wiesloch), Frau Weyel, Wimmer (Neuötting), Wischnewski, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD**  
**— Drucksache 11/916 —**

### **Förderung und Entwicklung der innerdeutschen Sportbeziehungen**

*Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen – I B 4 – 1300 – hat mit Schreiben vom 20. Oktober 1987 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

#### **Vorbemerkung**

Die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die innerdeutschen Sportbeziehungen wurden durch den Grundlagenvertrag 1972 geschaffen. Realisierung und Durchführung des innerdeutschen Sportverkehrs wurden den beiden Sportdachverbänden, DSB und DTSB, übertragen.

Das in der Kleinen Anfrage erwähnte Protokoll der beiden Sportbünde von 1974 zur Durchführung des innerdeutschen Sportverkehrs – unter Einbeziehung des Sports in Berlin (West) – ist insoweit die konkrete Umsetzung des Grundlagenvertrages.

Die Bundesregierung steht in ständiger Abstimmung mit dem für die jährlichen Sportkalender verantwortlichen Deutschen Sportbund (DSB) und fördert die Sportbegegnungen auch finanziell. Sie stimmt mit der Feststellung der Kleinen Anfrage überein, daß Sportbegegnungen zwischen Vereinen, Clubs, Sportlern und Mannschaften der beiden Sportbünde ein wichtiges Bindeglied in den innerdeutschen Gesamtbeziehungen sind.

Durch den Grundlagenvertrag der beiden deutschen Staaten von 1972 und durch das Protokoll der beiden deutschen Sportbünde von 1974 wurden wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklung der innerdeutschen Sportbeziehungen – unter Einbeziehung der Sportorganisationen von Berlin (West) – geschaffen.

Die Zugehörigkeit und die internationale Vertretung der Sportorganisationen von Berlin (West) durch den Deutschen Sportbund, seine Mitgliedsorganisationen und das Nationale Olympische Komitee für Deutschland sind zudem durch die Beschlüsse und die Praxis des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und der internationalen Sportföderationen positiv geregelt.

Das Viermächteabkommen über Berlin von 1971 bestätigt diese Rechtslage.

Die Sportbegegnungen zwischen Vereinen, Clubs, Betriebssportgemeinschaften und Auswahlmannschaften der beiden deutschen Sportbünde sind ein wichtiges Bindeglied in den Gesamtbeziehungen der beiden deutschen Staaten. Sie müssen deshalb politisch, finanziell und ideell dauerhaft gefördert werden.

1. Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um im Zusammenwirken mit dem Deutschen Sportbund zu einer umfassenden Verbesserung der innerdeutschen Sportbeziehungen zu gelangen?

Die Bundesregierung ist bestrebt, zusammen mit dem Deutschen Sportbund, umfassende Verbesserungen der innerdeutschen Sportbeziehungen über den engeren Bereich des Leistungssports hinaus zu erreichen und zwar in den Bereichen des Breitensports, Freizeitsports, des grenznahen Sportverkehrs, des Jugendsports sowie in den sportbegleitenden Bereichen der Sportwissenschaft und Sportmedizin. Sie hat auf politischer Ebene diesen Wunschkatalog mit der Regierung der DDR wiederholt erörtert, so im Rahmen der Gespräche über die Umsetzung des Kulturabkommens und zuletzt bei den Gesprächen mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR und Generalsekretär der SED, Erich Honecker, während seines Besuches in Bonn im September dieses Jahrs.

Parallel hierzu hat sie für einzelne konkrete Verbesserungsschritte die notwendigen finanziellen Förderungsmittel bereitgestellt. Leider hat die DDR in vielen wichtigen Bereichen die Angebote unserer Seite bisher nicht akzeptiert. Gleichwohl werden die Bemühungen um Intensivierung der Sportbeziehungen auch künftig auf politischer Ebene fortgesetzt.

2. Auf welche Weise will die Bundesregierung dazu beitragen, daß die DDR einer verstärkten Einbeziehung
  - der Vereine und Sportgemeinschaften der mittleren und unteren Ebene,
  - des Jugendsports,
  - der Sportvereine und Sportgemeinschaften im grenznahen und Berliner Raum,
  - des Sports für behinderte Mitbürger,
  - des Schul- und Hochschulsportszustimmt?

Unter Bezugnahme auf die Antwort zur Frage 1 ist festzustellen, daß die Bundesregierung eine verstärkte Einbeziehung der in der

Frage aufgezählten Bereiche in Gesprächen mit der Regierung wiederholt vorgebracht hat. Sie wird dies auf geeignete Weise zuständigen Stellen der DDR gegenüber auch weiterhin tun. Zusätzlich berät die Bundesregierung Städte und Gemeinden im Rahmen von Städtepartnerschaften über Möglichkeiten der verstärkten Einbeziehung von Vereinen und Sportgemeinschaften der mittleren und unteren sowie der Amateurebene. Dies gilt auch für sich abzeichnende Möglichkeiten im grenznahen Raum.

Was den Jugendsport betrifft, so ist die Bundesregierung im Rahmen des von ihr geförderten innerdeutschen Jugendaustausches gegenüber den tragenden Jugendverbänden initiativ und fördernd tätig.

3. Hält die Bundesregierung die Austragung von Länderkämpfen, wie in diesem Jahr im Schwimmen, Fechten und Boxen, für wünschenswert, und beurteilt sie beispielsweise den Ablauf und die protokollarischen Regelungen des ersten offiziellen Länderkampfes, der zwischen den beiden Schwimmsportverbänden vom 26. bis 28. August 1987 in München ausgetragen wurde, als beispielhaft für andere Sportfachverbände?

Die Bundesregierung begrüßt die Ausweitung des innerdeutschen Sportverkehrs auf sogenannte Länderkämpfe, wie den erwähnten Schwimmvergleich in München, der nach den Gepflogenheiten der Sportfachverbände in Ablauf und protokollarischen Regelungen korrekt verlaufen war.

4. Ist die finanzielle Förderung von innerdeutschen Sportbegegnungen, vor allem der kleineren Vereine und Sportgemeinschaften, durch die Bundesregierung ausreichend, oder beabsichtigt die Bundesregierung eine Erhöhung der Zuschüsse, wie dies von den Sportvereinen häufig gefordert wird, um insbesondere auch die Devisenknappheit der DDR-Sportler auszugleichen?

Die finanzielle Förderung von innerdeutschen Sportbegegnungen sieht die Bundesregierung – gemäß den Gepflogenheiten der internationalen Sportfachverbände und ihrer Veranstaltungspraxis, und in Übereinstimmung mit dem DSB, für ausreichend an. Für jeden einzelnen Sportler aus der DDR wird pro Tag ein Taschengeld von 25 DM bezahlt. Dies kommt vor allem den kleinen und mittleren Vereinen und Sportgemeinschaften im innerdeutschen Sportverkehr zugute. Insgesamt ist infolge der zahlenmäßigen Zunahme der Sportbegegnungen eine Erhöhung der Gesamtförderungssumme geplant. An Förderungsfragen ist bisher keine innderdeutsche Sportbegegnung gescheitert.

5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Sport- und Jugendbegegnungen im Rahmen der deutsch-deutschen Städtepartnerschaften ein unverzichtbares Element sind, und in welcher Weise ist die Bundesregierung bereit, derartige Begegnungen zu fördern?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß die Sport- und Jugendbegegnungen im Rahmen von innerdeutschen Städtepartnerschaften ein unverzichtbares Element sind. Im Rahmen von Städtepartnerschaften werden Jugend- und Sportbegegnungen gefördert.

6. Inwieweit hat die Bundesregierung im Zusammenwirken mit dem Deutschen Sportbund und den Hochschuleinrichtungen Initiativen unternommen, um entsprechend den Vereinbarungen im Kulturabkommen der beiden deutschen Staaten von 1987 auch einen Austausch von Dozenten und Studenten im Bereich der Sportwissenschaft zu erreichen?

Teilt die Bundesregierung zudem die Auffassung, daß insbesondere eine offizielle Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Sporthochschule in Köln und der Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHFK) in Leipzig überaus wünschenswert ist, und wie will die Bundesregierung die Zusammenarbeit in der Sportwissenschaft fördern?

Im Rahmen des am 6. Mai 1986 abgeschlossenen Kulturabkommens ist u. a. die Förderung der Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Wissenschaft beabsichtigt. Entsprechende Einzelvorhaben werden sowohl im Zuge der Ausfüllung des Kulturabkommens in Form von Projektlisten, als auch parallel hierzu für den Austausch im Bereich der Sportkalender erarbeitet. Der DTSB der DDR ist bisher nicht zur Zusammenarbeit im Rahmen des Kulturabkommens bereit, sondern verweist auf den Sportkalender. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sportbund sind als Qualitätsverbesserung des jährlichen Sportkalenders deshalb für die Sportbegegnungen u. a. gemeinsame sportwissenschaftliche Seminare, der Austausch von Beobachtern und Expertendelegationen vorgesehen.

Für das Jahr 1988 werden Kontakte zwischen den beiden Sporthochschulen in Köln und Leipzig verabredet werden, sowie durch die Sportbünde die Gegenseite Besuchsinformation von Sportmedizinern – u. a. auch in bezug auf Dopingprobleme im Bereich der Leichtathletik – verwirklicht werden.

Die Bundesregierung unterstützt dieses Vorhaben nicht zuletzt durch finanzielle Förderung.

7. Was hat die Bundesregierung unternommen, um zu erreichen, daß die DDR die gleichberechtigte Einbeziehung der Sportjugend von Berlin (West) in die Programme zwischen der FDJ und der Deutschen Sportjugend verbindlich akzeptiert, wie dies auch in dem Protokoll des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR (DTSB) vom 8. Mai 1974 vereinbart wurde?

Die gleichberechtigte Einbeziehung der Deutschen Sportjugend von Berlin (West) in die Programme zwischen der FDJ und der Deutschen Sportjugend konnte – insbesondere für den Bereich des touristischen Jugendaustausches – endlich in diesem Jahr erreicht werden. Die Bundesregierung hat sich hierfür wiederholt

und seit langem eingesetzt und begrüßt es ausdrücklich, daß mit einem am 1. September 1987 zwischen dem DDR-Reisebüro „Jugendtourist“ und dem Landesverband Berlin des Deutschen Jugendherbergswerkes abgeschlossenen Reisebürovertrag die Teilnahme von Jugendlichen aus Berlin (West) am innerdeutschen touristischen Jugendaustausch mit der DDR jetzt möglich ist.

Der touristische Jugendaustausch schließt auch eine Ausfüllung der Reiseprogramme mit gegenseitigen sportlichen Betätigungen ein. Dies ist sowohl für den Jugendtourismus als auch für den Bereich der sogenannten Jugendverbandkontakte ein besonderes Anliegen der Deutschen Sportjugend. Zur Zeit werden daher verschiedene Sportprogramme verabredet.

8. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, daß der Sport-Jahreskalender zwischen dem Deutschen Sportbund und dem Deutschen Turn- und Sportbund der DDR in Zukunft früher – und nicht erst im Dezember/Januar – abgeschlossen wird, um die Planung der beteiligten Vereine, Sportgemeinschaften und der Verbände zu erleichtern?

Hinsichtlich der Terminierung der Absprachen hält die Bundesregierung die beiden verhandelnden Sportverbände für kompetent. Seit 1986 ist der Sportjahreskalender zwischen den beiden Sportdachverbänden grundsätzlich flexibel, d. h. er ist einerseits für laufende Ergänzungen von zusätzlichen Begegnungen während des Jahrs offen, ebenso besteht andererseits die Möglichkeit für eine frühzeitige vorgezogene Absprache von Sportbegegnungen für den ersten Zeitraum des nächsten Jahrs. Dies ist durch die Verbesserung des laufenden Kontaktes der Sportverbandsführungen in diesem Jahr möglich geworden.

Die Planungen der beteiligten Vereine und Verbände werden dadurch erleichtert. Für 1988 ist z. B. bereits ein großer Vergleichskampf für den Bereich der Leichtathletik vorgesehen.

9. Ist die Bundesregierung bereit, in Abstimmung mit dem Deutschen Sportbund bei der DDR nachdrücklich darauf zu drängen, daß die deutsch-deutschen Sportbegegnungen, vor allem im Vereinsbereich, nicht mit protokollarischen Hemmnissen belastet und die Begegnung der Sportlerinnen und Sportler damit erschwert werden?

Die Bundesregierung ist bereit, in Abstimmung mit dem Deutschen Sportbund und über die Sportfachverbände nachdrücklich darauf zu drängen, daß die innerdeutschen Sportbegegnungen nicht mit protokollarischen Hemmnissen belastet und die Begegnungen der Sportlerinnen und Sportler damit erschwert werden.





